



Stadt Murrhardt

REMS – MURR – KREIS

Textteil zum Bebauungsplan „Froschgrube Änderung und Erweiterung“

i. d. F. der 2. Änderung vom 18.10.2010





Vorentwurf gefertigt:
Stadtbauamt Murrhardt

Auszug aus dem Liegenschaftskataster
gefertigt und zum Bebauungsplanentwurf aus-
gearbeitet:
Hermann Junginger
Ingenieurbüro für Vermessung, Bauleitplanung
und Straßenbau
Hochbergweg 11, Tel. 07321/40511
7920 Heidenheim den 03.12.1982/ 27.06.1983

Es gelten:

BBauG; 1976 BGBl. I S.2256, berichtigt 1976 BGBl. I S.3617, geändert 1979 BGBl. I S.949
BauNVO; 1977 BGBl. I S. 1763
PlanzV 81; 1981 BGBl. I S. 833 und Anlage
LBO; 1972 Ges. Bl. S.351, berechtigt 1973,1975, 1977 zuletzt 1980 (Ges. Bl. S.116)

Textteil

Mit in Kraft treten dieses Bebauungsplanes treten im Geltungsbereich die bisherigen Vorschriften des Bebauungsplanes „Froschgrube“ vom 29.11.1968, genehmigt am 06.08.1969 außer Kraft.

I. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BBauG und BauNVO)

1. Art der baulichen Nutzung (§9 (1) BBauG u. §1 (2) BauNVO)

- 1.1 Siehe Einschrieb im Lageplan.
- 1.2 Großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe sind nicht zulässig (1. Bebauungsplanänderung vom 25.09.1997).
- 1.3 Im gesamten Geltungsbereich wird **Einzelhandel mit zentrenrelevanten Sortimenten** an Endverbraucher **ausgeschlossen** (§ 1 Abs. 9 und 5 BauNVO).

Zentrenrelevante Sortimente in diesem Sinne sind:

Antiquitäten
Baby- und Kinderartikel
Bastel- und Geschenkartikel
Bekleidung aller Art
(Schnitt-) Blumen
Briefmarken, Münzen
Bücher
Campingartikel
Computer, Kommunikationselektronik
Drogeriewaren



Elektrokleingeräte
Foto, Video
Gardinen und Zubehör
Porzellan, Keramik
Haus-, Heimtextilien, Stoffe
Haushaltswaren, Bestecke
Kosmetika und Parfümerieartikel
Kunstgewerbe/Bilder und –rahmen
Kurzwaren, Handarbeiten, Wolle
Leder- und Kürschnerwaren
Musikalien
Nähmaschinen
Nahrungs-/Genussmittel einschl. Getränken
Optik und Akustik
Papier-, Schreibwaren, Schulbedarf
Pharmazeutika
Reformwaren
Sanitätswaren
Schmuck, Gold- und Silberwaren
Schuhe und Zubehör
Spielwaren
Sportartikel einschl. Sportgeräte
Tonträger
Uhren
Unterhaltungselektronik und Zubehör
Waffen, Jagdbedarf
Wasch- und Putzmittel
Zeitungen/Zeitschriften
Zooartikel

1.4 Ausschluss von Vergnügungsstätten (§ 1 (5) BauNVO)

Vergnügungsstätten sind nicht zulässig



2. Maß der baulichen Nutzung (§9 (1) 1 BBauG u §§ 16-21 a BauNVO)

Siehe Einschrieb im Lageplan.

3. Zahl der Vollgeschosse (§9(1) 1, BBauG u. § 18 BauNVO u. §2 (4,5,6,7,8) LBO)

Siehe Einschrieb im Lageplan.

4. Bauweise (§9 (1) 2 BBauG u. §22 BauNVO)

Siehe Einschrieb im Lageplan. Offene Bauweise gem. §22 (2) BauNVO.

5. Stellung der baulichen Anlagen (§9 (1) 2 BBauG)

Siehe Einzeichnung im Lageplan.

6. Flächen für Garagen und Stellplätze (§ 9 (1) 4 BBauG)

Siehe Einzeichnung im Lageplan. Die Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und in den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nur auf den mit „Ga“ gekennzeichneten Flächen zulässig. Die Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und in den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nur auf den mit „St“ gekennzeichneten Flächen zulässig.

7. Nebenanlagen (§9 (1) 4 BBauG u. §14 BauNVO)

Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO, ausgenommen die Regelung für Garagen in Ziff. 6 sind nur in den überbaubaren Grundstücksflächen zugelassen. Die nach § 14 (2) BauNVO der Versorgung dienenden Nebenanlagen sind allgemein zulässig.

8. Mit Leitungsrecht zu belastenden Flächen (§9 (1) 21 BBauG)

Die im Bebauungsplan dargestellten Flächen sind, soweit erforderlich, mit einem Leitungsrecht zugunsten der Stadt Murrhardt und der Kraftwerk- Altwürttemberg- AG für Ver- und Entsorgungsleitungen zu belasten. Einzelheiten der Nutzung dieser Flächen durch bauliche Anlagen und Bepflanzungen sind durch Grundbucheinträgen festzulegen.

9. Böschung an Verkehrsflächen (§9 (1) 26BBauG)

Siehe Einzeichnung im Lageplan. Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in den öffentlichen Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdisch Stützbauwerke entlang der Grundstücksgrenze in einer Breite von ca. 20 cm und einer Tiefe von ca. 35 cm zuzulassen.

10. Höhenlage der baulichen Anlagen (§9 (2) BBauG)

Die Erdgeschossfußbodenhöhe (EGFH) wird mit max. 1,50m über dem natürlichen oder in rechtlich zulässiger Weise veränderten Gelände (Ziff II 3) festgesetzt.

II. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (111LBO)

1. Äußere Gestaltung (111 (1) 1 LBO)

Für die Dachdeckung sind keine hellen Materialien zulässig. Grelle Außenfarben für die Gebäude sind zu vermeiden. Werbeanlagen auf und an den Dächern sind unzulässig.

2. Dachform und Dachneigung (§111 (1) 1 LBO)



Siehe Einzeichnung bzw. Einschrieb im Lageplan. Die Dächer der Hauptgebäude sind als Flach-, Sattel- oder Sheddach auszuführen. Soweit Flachdächer nicht gärtnerisch angelegt oder begehbar sind, müssen sie mit einer Kiesschüttung versehen werden. Die Satteldächer sind mit der jeweils in der Nutzungsschablone angegebenen Neigung auszuführen. Sheddächer sind nur mit verdeckten Sheds zugelassen.

Dachaufbauten sind unzulässig, ausgenommen technische Aufbauten.

3. Flächen für Aufschüttungen (111 (1) 2 LBO)

Aufschüttungen und Abgrabungen mit mehr als 0,50m Höhe, gemessen ab bestehendes Gelände, sind unzulässig. Ausnahme können zugelassen werden.

4. Einfriedigungen (§111 (1) 6 LBO)

Zugelassen sind an den Grundstücken Einfriedigungen bis max. 1,80 m Gesamthöhe als Hecke und Drahtzaun.

5. Grenz-, Gebäude- und Fensterabständen (§111 (1) 7 LBO)

Die Abstände nach § 7-9 LBO sind einzuhalten.

6. Gebäudehöhen (§111 (1) 8 LBO u. § 16 (3) BauNVO)

Das Höchstmaß zwischen max. EGfH und dem Schnittpunkt von Außenwand und Dachhaut wird an der Traufseite bei Satteldach oder zwischen max. EGfH und Oberkante Attika festgesetzt, bei eingeschossiger Bebauung (Höchstgrenze) mit 5,00 m; bei zweigeschossiger Bebauung (Höchstgrenze) mit 6,50m.

III. Hinweise

1. Altlastverdächtige Flächen bzw. Bodenveränderungen

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden sich entsprechend gekennzeichnete altlastverdächtige Flächen bzw. Bodenveränderungen. Bei geplanten Eingriffen in den Untergrund auf diesen Flächen ist vorab die Gefährdungssituation, die mit der Änderung der Exposition einhergeht, durch einen Sachverständigen mit Erfahrung in der Altlastenbearbeitung zu beurteilen. Eventuell erforderlich werdenden weitere Untersuchungen müssen mit dem Landratsamt Rems-Murr-Kreis, Geschäftsbereich Umweltschutz, abgestimmt werden. Tiefbauarbeiten sind durch einen entsprechenden Sachverständigen gutachterlich zu begleiten. Mit entsorgungsbedingten Mehrkosten durch Untergrundverunreinigungen ist zu rechnen.

Hinweise auf Bodenverunreinigungen oder schädliche Bodenveränderungen sind umgehend dem Landratsamt Rems-Murr-Kreis, Geschäftsbereich Umweltschutz, zu melden, das weitere Vorgehen ist stets mit der genannten Behörde abzustimmen.

Aufgrund der Lage des Planbereiches im Abstrom der Altablagerung „Froschgrube“ Flächen – Nr. 00010-000, Bewertung „K – Überwachung eines hinzunehmenden Schadens“ auf BN 4) ist im Grundwasser insbesondere mit erhöhten Ammoniumgehalten zu rechnen. Bei Eingriffen in das Grundwasser ist dies zu berücksichtigen. Eine Abstimmung mit der oben genannten Behörde ist notwendig.

2. Wasserschutz und Wasserbau

Die Grundstücke im Geltungsbereich des Bebauungsplanes werden teilweise entsprechend den Hochwassergefahrenkarten (HWGK) bei einem 100 jährlichen Hochwasserereignis (HQ 100) überschwemmt. Es handelt sich bei diesen Flächen um



hochwassergefährdete Gebiete gemäß § 80 Wassergesetz (WG). In hochwassergefährdeten Gebieten gelten die Bestimmungen der Anlagenverordnung wassergefährdender Stoffe (VAwS) in der jeweils gültigen Fassung. Die Belange des Hochwasserschutzes und der Hochwasservorsorge sind zu beachten.

3. Bodenschutz

Auf die Beachtung des als Anlage beigefügten Merkblattes „Bodenschutz bei Baumaßnahmen“ des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis, Stand 06.02.2009 wird besonders hingewiesen

4. Hinweis auf bestehende Anlagen der Kabel BW GmbH & Co KG

Im Planbereich liegen Kabel der Kabel BW GmbH & Co KG bestehende Anlagen sind zu schützen. Vgl. auch Anlage Abschnitt E Nr. 2.

5. Hinweis auf Telekommunikationsanlagen der Deutschen Telekom AG

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen der Telekom AG. Der derzeitige Verlauf dieser Anlagen und die Positionen der einzelnen Kollisionspunkte ergeben sich aus Anlage 3.

6. Immissionen der Deutschen Bahn AG

Immissionen aus Betrieb und Unterhaltung der Eisenbahn sind entschädigungslos zu dulden. Hierzu gehören auch Bremsstaub, Lärm und Erschütterungen und gegebenenfalls elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder. Schutzmaßnahmen gegen Einwirkungen aus dem Bereich der Eisenbahn haben auf Kosten des Bauherren zu erfolgen. Kabel und Leitungen können auch außerhalb von DB-eigenem Gelände verlegt sein. Rechtzeitig vor Beginn von Maßnahmen ist daher eine Kabel- und Leitungsprüfung durchzuführen.

7. Denkmalschutz

Bei Vollzug der Planung können bisher unbekannte Funde entdeckt werden. Diese sind unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde oder der Stadt anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde (Landratsamt Rems-Murr-Kreis) oder das Regierungspräsidium Stuttgart mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 27 DSchG wird verwiesen.

8. Straßenabstand zur Landesstraße 1066

Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der Landesstraße 1066 sind in einem Streifen von 20 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, bauliche Anlagen sowie Garagen, Stellplätze und Werbeanlagen, die von der Straße aus sichtbar sind, nicht zulässig (§ 22 Abs. 5 Straßengesetz).

Bei Werbeanlagen außerhalb dieser Bauverbotszone ist darauf zu achten, dass die Verkehrsteilnehmer auf der Landesstraße nicht abgelenkt oder geblendet werden.

9. Geotechnik

Bei Neubauten werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen nach DIN 4020 empfohlen

IV. Anlagen



1. Merkblatt „Bodenschutz bei Baumaßnahmen“ des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis vom 06.02.2009
2. Trassenauskunft der Kabel BW GmbH & Co. KG, Übersicht im Maßstab 1 : 500 vom 12.04.2010
3. Lageplan der Deutschen Telekom AG im Maßstab 1: 2.200 vom 19.04.2010

Murrhardt, den 01.06.2012

Armin Mößner
Bürgermeister

D. S.

Verfahrensvermerke zur 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Froschgrube
Beschluss über die Aufstellung eines Bauleitplanes gem. § 2 (1) BBauG bekannt gemacht
am 21.10.1978 durch die Murrhardter Zeitung.

Öffentliche Darlegung und Anhörung zur Planung gem. § 2a (2) BBauG durchgeführt am
21.03.1983 durch die Murrhardter Zeitung.

Öffentliche Darlegung und Anhörung zur Planung gem. § 2a (2) BBauG durchgeführt am
03.03.1983

Auslegung gem. § 2 a (6) BBauG bekannt gemacht am 02.08.1983 durch die Murrhardter
Zeitung.

Auslegung gem. § 2 a (6) BBauG in der Zeit vom 10.08.1983 bis 12.09.1983.

Als Satzung gem. § 10 BBauG vom Stadtrat beschlossen am 19.10.1983.

Genehmigt gem. § 11 BBauG vom LRA Rems-Murr-Kreis mit Erlass vom 17.01.1984 Az.
4011 Murr bo-do.

Genehmigung bekannt gemacht gem. § 12 BBauG am 25.01.1984 durch die Murrhardter
Zeitung.

In Kraft getreten gem. § 12 BBauG am 25.01.1984.

Murrhardt, den 25.01.1984, Stadtratsrat Gogel

Genehmigt!

Gem. Erlass des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis vom 17.01.1984

Ausfertigung- und Verfahrensvermerke zur 3. Änderung des Bebauungsplanes „Froschgrube“

Aufstellungsbeschluss (§ 2 I 1 BauGB): 09.11.2009

Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses (§ 2 I 2 BauGB)

in der Murrhardter Zeitung am: 21.11.2009

Aufruf zur Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 I BauGB)

in der Murrhardter Zeitung am: 27.03. und 17.04.2010

Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 I BauGB): 06.04 bis 19.05.2010



Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange:	29.03 bis 03.05.2010
Beratung der Anregungen:	29.07.2010
Öff. Auslegung ortsüblich bekannt gemacht (§ 3 Abs. 2 S. 2 BauGB)	
in der Murrhardter Zeitung am	27.11.2010
Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	07.12.2010 bis 07.01.2011
Beteiligung der Behörden und sonstigen TöB (§ 4 Abs. 2 BauGB)	06.12. 2010 bis 08.01.2011
Beteiligung der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)	06.12.2010 bis 08.01.2011
Beratung der Stellungnahmen (§ 3 Abs. 2 BauGB)	19.05.2011
2. öff. Auslegung ortsüblich bekannt gemacht (§ 3 Abs. 2 S. 2 BauGB)	
in der Murrhardter Zeitung am	08.10.2011
2. öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	18.10.2011 bis 18.11.2011
Beteiligung der Behörden und sonstigen TöB (§ 4 Abs. 2 BauGB)	10.10. 2011 bis 14.11.2011
Beteiligung der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)	10.10.2011 bis 14.11.2011

Murrhardt, den 01.03.2012

Schmidt

Ausfertigungsvermerk

Der Bebauungsplan „Froschgrube – 2. Änderung“ in der vorliegenden Fassung ist vom Gemeinderat der Stadt Murrhardt in öffentlicher Sitzung am tt.mm.jjjj als Satzung beschlossen worden. Die ortsübliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses nach § 10 Abs. 3 BauGB wird angeordnet.

Murrhardt, den 23.03.2012

Armin Mößner
Bürgermeister

D.S.



Stadt Murrhardt

REMS – MURR – KREIS

Satzung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes "Froschgrube – Änderung und Erweiterung" vom 19.10.1983

Nach § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) hat der Gemeinderat der Stadt Murrhardt am 01.03.2012 die 2. Änderung des Bebauungsplanes „Froschgrube – Änderung und Erweiterung“ vom 19.10.1983 als Satzung beschlossen.

§1 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der räumliche Geltungsbereich dieser Bebauungsplanänderung entspricht dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Froschgrube – Änderung und Erweiterung“ vom 19.10.1983.

§2 INHALT DER ÄNDERUNG

1. Im Abschnitt 1.1 (Planungsrechtliche Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung) werden die folgenden bisherigen Festsetzungen:

im GE sind die in § 8 (3) BauNVO genannten Ausnahmen gemäß § 1 (6) 2 BauNVO allgemein zulässig.

Im GI sind die in § 9 (3) BauNVO genannten Ausnahmen gemäß § 1 (6)

2 BauNVO allgemein zulässig.

Im GI (e) sind gemäß § 1 (5) und (6) BauNVO nur die in § 9 (3) 1 genannten Ausnahmen (Wohnungen) zulässig

ersatzlos aufgehoben.

2. Im Abschnitt 1.1 (Planungsrechtliche Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung) wird folgende neue Festsetzung eingefügt:

Im gesamten Geltungsbereich wird Einzelhandel mit zentrenrelevanten Sortimenten an Endverbraucher ausgeschlossen (§ 1 Abs. 9 und 5 BauNVO).

Zentrenrelevante Sortimente in diesem Sinne sind

Antiquitäten

Baby- und Kinderartikel



Bastel- und Geschenkartikel
Bekleidung aller Art
(Schnitt-) Blumen
Briefmarken, Münzen
Bücher
Campingartikel
Computer, Kommunikationselektronik
Drogeriewaren
Elektrokleingeräte
Foto, Video
Gardinen und Zubehör
Porzellan, Keramik
Haus-, Heimtextilien, Stoffe
Haushaltswaren, Bestecke
Kosmetika und Parfümerieartikel
Kunstgewerbe/Bilder und –rahmen
Kurzwaren, Handarbeiten, Wolle
Leder- und Kürschnerwaren
Musikalien
Nähmaschinen
Nahrungs-/Genussmittel einschl. Getränken
Optik und Akustik
Papier-, Schreibwaren, Schulbedarf
Pharmazeutika
Reformwaren
Sanitätswaren
Schmuck, Gold- und Silberwaren
Schuhe und Zubehör
Spielwaren
Sportartikel einschl. Sportgeräte
Tonträger
Uhren
Unterhaltungselektronik und Zubehör



Waffen, Jagdbedarf
Wasch- und Putzmittel
Zeitungen/Zeitschriften
Zooartikel

3. **Im Abschnitt 1.1 (Planungsrechtliche Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung wird folgende weitere Festsetzung eingefügt:**
Ausschluss von Vergnügungsstätten (§ 1 Abs. 5 BauNVO)
Vergnügungsstätten sind nicht zulässig.
4. **Nach dem Abschnitt I Nr. 6. wird der nachfolgende neue Abschnitt eingefügt:**
- II. Hinweise
1. **Altlastverdächtige Flächen bzw. Bodenveränderungen**
Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden sich entsprechend gekennzeichnete altlastverdächtige Flächen bzw. Bodenveränderungen. Bei geplanten Eingriffen in den Untergrund auf diesen Flächen ist vorab die Gefährdungssituation, die mit der Änderung der Exposition einhergeht, durch einen Sachverständigen mit Erfahrung in der Altlastenbearbeitung zu beurteilen. Eventuell erforderlichen weiteren Untersuchungen müssen mit dem Landratsamt Rems-Murr-Kreis, Geschäftsbereich Umweltschutz, abgestimmt werden. Tiefbauarbeiten sind durch einen entsprechenden Sachverständigen gutachterlich zu begleiten. Mit entsorgungsbedingten Mehrkosten durch Untergrundverunreinigungen ist zu rechnen.
- Hinweise auf Bodenverunreinigungen oder schädliche Bodenveränderungen sind umgehend dem Landratsamt Rems-Murr-Kreis, Geschäftsbereich Umweltschutz, zu melden, das weitere Vorgehen ist stets mit der genannten Behörde abzustimmen.
- Aufgrund der Lage des Planbereiches im Abstrom der Altablagerung „Froschgrube“ Flächen – Nr. 00010-000, Bewertung „K – Überwachung eines hinzunehmenden Schadens“ auf BN 4) ist im Grundwasser insbesondere mit erhöhten Ammoniumgehalten zu rechnen. Bei Eingriffen in das Grundwasser ist dies zu berücksichtigen. Eine Abstimmung mit der oben genannten Behörde ist notwendig.
2. **Wasserschutz und Wasserbau**
Die Grundstücke im Geltungsbereich des Bebauungsplanes werden teilweise entsprechend den Hochwassergefahrenkarten (HWGK) bei einem 100 jährlichen Hochwasserereignis (HQ 100) überschwemmt. Es handelt sich bei diesen Flächen um hochwassergefährdete Gebiete gemäß § 80 Wassergesetz (WG). In hochwassergefährdeten Gebieten gelten die Bestimmungen der Anlagenverordnung wassergefährdender Stoffe (VAwS) in der jeweils gültigen Fassung. Die Belange des Hochwasserschutzes und der Hochwasservorsorge sind zu beachten.



3. Bodenschutz
Auf die Beachtung des als Anlage beigefügten Merkblattes „Bodenschutz bei Baumaßnahmen“ des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis, Stand 06.02.2009 wird besonders hingewiesen.
4. Hinweis auf bestehende Anlagen der Kabel BW GmbH & Co KG
Im Planbereich liegen Kabel der Kabel BW GmbH & Co KG bestehende Anlagen sind zu schützen. Vgl. auch Anlage Abschnitt E Nr. 2.
5. Hinweis auf Telekommunikationsanlagen der Deutschen Telekom AG
Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen der Telekom AG. Der derzeitige Verlauf dieser Anlagen und die Positionen der einzelnen Kollisionspunkte ergeben sich aus Anlage 3.
6. Immissionen der Deutschen Bahn AG
Immissionen aus Betrieb und Unterhaltung der Eisenbahn sind entschädigungslos zu dulden. Hierzu gehören auch Bremsstaub, Lärm und Erschütterungen und gegebenenfalls elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder. Schutzmaßnahmen gegen Einwirkungen aus dem Bereich der Eisenbahn haben auf Kosten des Bauherren zu erfolgen. Kabel und Leitungen können auch außerhalb von DB-eigenem Gelände verlegt sein. Rechtzeitig vor Beginn von Maßnahmen ist daher eine Kabel- und Leitungsprüfung durchzuführen.
7. Denkmalschutz
Bei Vollzug der Planung können bisher unbekannte Funde entdeckt werden. Diese sind unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde oder der Stadt anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde (Landratsamt Rems-Murr-Kreis) oder das Regierungspräsidium Stuttgart mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 27 DSchG wird verwiesen.
8. Straßenabstand zur Landesstraße 1066
Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen entlang der Landesstraße 1066 sind in einem Streifen von 20 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, bauliche Anlagen sowie Garagen, Stellplätze und Werbeanlagen, die von der Straße aus sichtbar sind, nicht zulässig (§ 22 Abs. 5 Straßengesetz).

Bei Werbeanlagen außerhalb dieser Bauverbotszone ist darauf zu achten, dass die Verkehrsteilnehmer auf der Landesstraße nicht abgelenkt oder geblendet werden.
9. Geotechnik
Bei Neubauten werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen nach DIN 4020 empfohlen



5. Nach dem Abschnitt II (Hinweise) wird folgender neue Abschnitt eingefügt:

III. Anlagen

1. Merkblatt „Bodenschutz bei Baumaßnahmen“ des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis vom 06.02.2009
2. Trassenauskunft der Kabel BW GmbH & Co. KG, Übersicht im Maßstab 1 : 500 vom 12.04.2010
3. Lageplan der Deutschen Telekom AG im Maßstab 1: 2.200 vom 19.04.2010

6. Der zeichnerische Teil des Bebauungsplanes wird um folgende Eintragungen im Lageplan ergänzt:

Hochwassergefährdete Gebiete, Straßenabstandslinie zur Landesstraße 1066.

§3 INKRAFTTRETEN

Die Bebauungsplanänderung tritt mit ihrer ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Murrhardt, den 01.03.2012

Armin Mößner
Bürgermeister

Ausfertigungsverfügung:

Diese Satzung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes „Froschgrube – Änderung und Erweiterung“ ist vom Gemeinderat der Stadt Murrhardt in öffentlicher Sitzung am 01.03.2012 beschlossen worden. Die ortsübliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses nach § 10 Abs. 3 BauGB wird angeordnet.

Murrhardt, den 23.03.2012

Armin Mößner
Bürgermeister

D.S.